

ÜBERBLICK

■ 30-jähriges Jubiläum von Solidarność



Eine internationale Konferenz über die Frage, inwieweit die Sozialpartner – insbesondere die Gewerkschaften – in den verschiedenen europäischen Ländern Einfluss auf die Sozialpolitik ihrer Regierungen nehmen können, bildete den Auftakt der Feierlichkeiten zum 30-jährigen Jubiläum des EZA-Mitgliedzentrums Solidarność. Seite 2

■ Finanzielle Mitarbeiterbeteiligung in Europa

Eine Initiative des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses will das Thema stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken und Europa animieren, ein Rahmenkonzept zu erarbeiten. Seite 2

■ Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz



In der aktuellen EZA-Projektkoordination sollen vor allem die Auswirkungen von Arbeitsstress untersucht werden. Bericht vom Seminar von IFES in Sibiu, Rumänien. Seite 3

■ Plakat anlässlich des 25-jährigen Jubiläums von EZA

Seite 4

EDITORIAL



Liebe Freunde,

der 25. Geburtstag, den EZA in diesem Jahr feiert, ist für uns ein Grund, nach vorne zu schauen. „More social Europe – European social dialogue – Workers are involved!“ – diese unmissverständlichen Aussagen unserer Bildungsarbeit haben wir als Ausblick deshalb „nachhaltig“ auf ein Plakat gedruckt – Sie finden es am Ende dieser Ausgabe. Orientierung hierzu bietet uns für die kommenden Jahre die Strategie Europa 2020, an deren Verwirklichung wir mitarbeiten werden. Es gibt aber auch noch einen anderen wichtigen Begriff aus der vor zwei Jahren vorgestellten erneuerten Sozialagenda, den wir für unsere Arbeit ins neue Jahr unbedingt mitnehmen möch-

ten: Wir reden über Zugangsmöglichkeiten: verbesserte Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und sozialem Schutz! Die Betonung unserer Arbeit liegt auf dem kleinen Wort „und“. Dies zu vermitteln, ist eins unserer Ziele.

Welche Entscheidungen treffen die EU-Staaten? Investieren sie vorrangig in Bildung, so dass junge Menschen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben? Oder investieren sie in den Sozialstaat und beugen sich nicht dem neoliberalen Ruf nach Reduzierung sozialer Leistungen? Ein Vergleich der OECD-Länder zeigt, dass sich eine einseitige Ausgabenpolitik nachteilig für beide Bereiche auswirkt. Ein schwacher Sozialstaat hat enorme Schwierigkeiten, einmal entstandene Härten wieder aufzufangen. Andererseits entsteht durch Bildungsarmut sehr schnell eine materielle Armut, die wiederum den Sozialstaat belastet. Beide Aufgaben- und Ausgabenbereiche müssen wechselseitig in Angriff genommen werden – auch bei knappen öffentlichen Kassen.

Ihre Roswitha Gottbehüt
Generalsekretärin

EZA unterstützt den arbeitsfreien Sonntag in Europa

Die „Erste Europäische Allianz für den Freien Sonntag“ bestehend aus Gewerkschaften, kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, sammelt Unterschriften für ein Bürgerbegehren auf europäischer Ebene. Gemeinsam mit den europäischen nationalen Sonntags-Allianzen in Polen, Österreich, Deutschland, Italien, Frankreich und der Schweiz soll die Unterstützung für einen arbeitsfreien Sonntag dokumentiert, das Recht aller EU-Bürger auf einen arbeitsfreien Sonntag eingefordert und der arbeitsfreie Sonntag als europäisches Kulturgut erhalten werden. Ziel ist, qua Gesetz den Sonntag als grundsätzlich arbeitsfreien Tag in der EU-Arbeitszeitrichtlinie zu verankern. EZA unterstützt dieses Ansinnen, denn

für EZA als Netzwerk christlich-sozialer Arbeitnehmerorganisationen ist der arbeitsfreie Sonntag ein Grundanliegen, da er von überragender Bedeutung für die Gesundheit der Arbeitnehmer, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für die Zivilgesellschaft insgesamt ist.

Weiteres Ziel ist, das Gemeinwohl nicht gegen ökonomische Interessen auszuspielen. Dies ist in Zeiten der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise und einer schleichenden Aushöhlung des Sonn- und Feiertagschutzes in immer mehr Wirtschaftsbereichen aus Sicht von EZA von fundamentaler Bedeutung.

Weitere Informationen unter:
www.mann-europa.de

Internationale Konferenz zum 30-jährigen Jubiläum von Solidarność

Partnerschaft bei der Sozialpolitik



Raf Chanterie, Vorsitzender von EZA, und Józef Mozołewski, Mitglied des Vorstands von Solidarność

Wenn die Europäische Union strikt die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie für den freien Wettbewerb fordert, so sollte sie von der polnischen Regierung auch konsequent die Erfüllung der europäischen sozialen Standards fordern – das ist eine der Schlussfolgerungen der internationalen Konferenz zum Thema „Partnerschaft bei der Sozialpolitik – Theorie und praktische Erfahrungen“, die anlässlich des 30. Jahrestages des so genannten August-Übereinkommens in Sopot stattfand.

Die Systeme der sozialen Sicherheit seien in Gefahr, man müsse aber alles unternehmen, um ihren Abbau zu verhindern, so der EZA-Vorsitzende Raf Chanterie. Er bedauerte, dass es trotz der gemeinsamen Währung in 16 EU-Ländern 27 unterschiedliche Wirtschaftspolitiken gebe. Die Konferenzteilnehmer betonten, dass der Soziale Dialog nötig sei für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft. Außerdem diskutierten sie über die Reaktion der Gewerkschaften auf die Finanzkrise und die Strategie Europa 2020 sowie über die Beschleunigung der

europäischen Integration, insbesondere unter dem sozialpolitischen Aspekt.

Jacek Rybicki, Generalsekretär der Nationalen Kommission Solidarność, betonte, dass der Einfluss der Sozialpartner auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung sei. Die Finanzkrise habe die Frage nach gesellschaftlicher Solidarität und sozialer Kohärenz der EU aufgeworfen. Die Strategie Europa 2020 mit ihren Schwerpunkten Wirtschaftswachstum, gute Arbeitsplätze und Kohäsionspolitik unterscheide sich in ihren Zielen nicht von der Lissabon-Strategie. Sie sei eine Chance, müsse allerdings in ihrer Gesamtheit umgesetzt werden.

Besonders gedacht wurde der Streikenden von 1980, die das Recht zur Schaffung freier Gewerkschaften und den Zugang zu unabhängigen Medien und einer familienfreundlichen Politik erkämpft hätten. Die soziale Situation und die Situation der Gewerkschaften in den mittel- und osteuropäischen Ländern ist heute sehr unterschiedlich. Die Konferenzteilnehmer waren sich einig, dass die August-Einigung einen Modellcharakter für die Führung eines sozialen Dialogs hatte.

Krzysztof Świątek, „Tygodnik Solidarność“ ■

Finanzielle Mitarbeiterbeteiligung in Europa – eine Initiative des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Finanzielle Mitarbeiterbeteiligung (MAB) ist auch eine Möglichkeit, Unternehmen, Mitarbeiter und die Gesellschaft besser und zusätzlich am Erfolg zunehmender Europäisierung teilhaben zu lassen. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss will mit einer Initiativstellungnahme dieses Thema stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken. Ziel ist es, Europa zu animieren, ein Rahmenkonzept zu erarbeiten, das den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhang Europas fördert, indem es die Anwendung der MAB auf unterschiedlichen Ebenen erleichtert, z.B. durch Gewinnbeteiligung, Belegschaftsaktien, vermögenswirksame Leistungen. Im Europa von heute haben Unternehmen, darunter besonders auch kleine

und mittlere (KMU), ihren Tätigkeitskreis grenzüberschreitend ausgeweitet. Eine der Prioritäten der Strategie Europa 2020 ist es, die Umsetzung des Small Business Acts – insbesondere hinsichtlich der Verbesserung der finanziellen Situation von KMU – in den Mittelpunkt zu stellen. MAB kann hierbei einer der Mechanismen sein, dieses Ziel zu unterstützen. Unabhängig von der Unternehmensgröße müssen MAB-Modelle Lösungen auf Betriebsebene respektieren und Arbeitnehmerrechte schützen, um der Verschiedenheit von Unternehmen und Ländern Rechnung zu tragen.

Die Sozialpartner sollen sowohl auf europäischer Ebene als auch in den Mitgliedstaaten dazu ermutigt werden, sich des Themas eingehend anzunehmen. Hinder-

nisse für grenzübergreifende MAB sollen identifiziert und Lösungen aufgezeigt werden. Die entsprechenden Europäischen Institutionen sollen dazu aufgefordert werden, Lösungen zu erarbeiten.

MAB muss freiwillig sein. Sie darf die bestehende Vergütung nicht ersetzen. Sie muss eine zusätzliche Ergänzung zu Vergütungssystemen sein, muss für Mitarbeiter nachvollziehbar sein und ergänzt andere Formen der Arbeitnehmerbeteiligung. MAB sollte außerhalb der Pensionssysteme stehen, kann jedoch individuell ein zusätzliches Element der Altersvorsorge sein.

Weitere Informationen sind unter folgender E-Mail-Adresse erhältlich:

alex@graf-vonschwerin.de

Alexander Graf von Schwerin ■

Von „Physischen Gefahren am Arbeitsplatz“ bis „Auswirkungen von Arbeitsstress“

Große Bandbreite beim Thema Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz im EZA-Netzwerk

Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist ein Thema, das EZA und viele seiner Mitgliedzentren beschäftigt. In den Jahren 2005/2006 hatte eine Projektkoordinierung unter Beteiligung des *Kristelig Fagbevægelse* in Dänemark, dem *Centro de Formação e Tempos Livres* in Portugal und dem *Institutul de Formare Economica si Sociala (IFES)* in Rumänien unter der Leitung von dessen Direktor Silviu Ispas zu physischen Gefahren am Arbeitsplatz stattgefunden. In der Projektkoordinierung 2010/2011 sollen vor allem die Auswirkungen von Arbeitsstress untersucht werden. Nach zwei erfolgreichen Semina-



Eine Arbeitsgruppe beim Seminar von IFES in Sibiu, Rumänien

ren des *Centre d'estudis europeu per a la formació dels treballadors* in Barcelona und des *Lëtzebuurger Chrëschtleche Gewerkschafts-Bond* in Luxemburg fand nun ein weiteres Seminar von IFES in Sibiu statt, über das **Stefania Isaila**, Projektverantwortliche bei IFES, nachfolgenden Bericht geschrieben hat:

Arbeitsbedingter oder beruflicher Stress stellt eine der größten Herausforderungen dar, denen sich Europa gegenüberübersieht. Nach Aussage der Europäischen Agentur für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist etwa jede(r) vierte Arbeitnehmer/in von Stress betroffen, während andere Quellen darauf schließen lassen, dass der Anteil in Rumänien noch höher ist, nämlich 36%. Stress wird in 50 bis 60% aller Fälle als Ursache für Fehlzeiten am Arbeitsplatz angenommen. Dies bedeutet enorme Kosten, sowohl aufgrund der damit verbundenen Krankheiten als auch aufgrund der eingeschränkten Wirtschaftsleistung.

Gesamtziel des Projekts war einerseits, das Bewusstsein der Sozialpartner in Rumänien und der Mitgliedsorganisationen von EZA für die Risiken zu schärfen, die mit arbeitsbedingtem Stress einhergehen, und gute Praktiken zu ermitteln, um beruflichem Stress vorzubeugen. Die Themen, die während des Seminars von IFES (21.-24. Oktober 2010) behandelt wurden, waren arbeitsbedingte Ursachen für Stress und seine Auswirkungen, die Rolle der Sozialpartner bei

der Prävention und beim Abbau beruflichen Stresses, beste lokale Praktiken, die Hauptrichtungen, die vom Ausschuss für Sozialdialog im Dokument *Implementation of the European Autonomous Framework Agreement on Work-Related Stress* festgelegt wurden, sowie die praktische Umsetzung dieses Dokuments in verschiedenen europäischen Ländern. Die Diskussion konzentrierte sich darauf, was unternommen werden kann, um die einschlägigen Politiken und Maßnahmen zu verbessern.

Die Seminarteilnehmer waren Vertreter der Sozialpartner, der öffentlichen Behörden und EZA-Organisationen sowie Experten aus dem Bereich der Arbeitsbeziehungen und Arbeitsgesundheit. Dies förderte den Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern und die Ermittlung guter Praktiken in der Umsetzung von Programmen zur Prävention arbeitsbedingten Stresses.

Im Laufe des Seminars wurden mehrere Ideen und Techniken vorgestellt und erörtert, um beruflichem Stress vorzubeugen und ihn abzubauen. Die Teilnehmer waren einhellig der Meinung, dass der Sozialdialog und die Gewerkschaften bei der Behandlung dieses Problems eine wichtige Rolle spielen. Die Gewerkschaften können Ideen zur Änderung der Gesetzgebung unterbreiten und unterstützen und sie sind in der Lage, das öffentliche Bewusstsein für die Ursachen, die häufig Stress auslösen, zu schärfen (wie zum Beispiel die ineffektive Vertei-

lung von Aufgaben oder die unklare Definition von Zuständigkeiten).

Ein weiteres wichtiges Ergebnis des Seminars war die Erkenntnis, dass Stress auch durch Faktoren im Arbeitsumfeld ausgelöst werden kann: Niedrige Löhne, die nicht zum Lebensunterhalt ausreichen (in Rumänien verdienen die meis-

ten Arbeitnehmer nicht mehr als 150 Euro im Monat), die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder Arbeitslosigkeit führen auch zu arbeitsbedingtem Stress. ■

IMPRESSUM

Herausgeber

EZA
Europäisches Zentrum für
Arbeitnehmerfragen
Johannes-Albers-Allee 2
53639 Königswinter
Tel. +49 - 22 23 - 29 98 - 0
Fax +49 - 22 23 - 29 98 - 22
E-Mail: eza@eza.org
www.eza.org

Redaktion

Roswitha Gottbehüt (verantw.),
Matthias Homey, Francisco Rivas
Gómez, Michael Schwarz, Victoria
Znined

Gestaltung und Satz

HellaDesign, Emmendingen
E-Mail: helladesign@web.de

Fotos

EZA, Solidarność, IFES

Erscheinungsweise

Jährlich 4 Ausgaben



Diese Publikation wird von
der Europäischen Gemein-
schaft finanziell unterstützt.

More social Europe



www.eza.org



Workers are involved!